

EVENT DESCRIPTION SHEET

(To be filled in and uploaded as deliverable in the Portal Grant Management System, at the due date foreseen in the system.)

 Please provide one sheet per event (one event = one workpackage = one lump sum.)

PROJECT	
Participant:	[4] – [ÖKOBÜRO – Allianz der Umweltbewegung] [ÖKOBÜRO]
PIC number:	936994296
Project name and acronym:	[Discussions and Actions on Climate and Environment] – [DACE]

EVENT DESCRIPTION			
Event number:	[D1.1]		
Event name:	[Online presentation of survey results]		
Type:	[Presentation]		
In situ/online:	[online]		
Location:	[Vienna, Austria]		
Date(s):	[13/06/2023]		
Website(s) (if any):	DACE ökobüro.at		
Participants			
Female:	84		
Male:	51		
Non-binary:	4		
From country 1 [Austria]:	131		
From country 2 [Hungary]:	2		
From country 3 [Estonia]:	6		
...			
Total number of participants:	139	From total number of countries:	3
Description			
<i>Provide a short description of the event and its activities.</i>			

WHICH CLIMATE RIGHTS DOES OUR LAW OFFER?

APPROACHES TO IMPROVE CLIMATE POLICY AND RIGHTS IN CENTRAL EASTERN EUROPE THROUGH STRATEGIC LITIGATION - Veranstaltungsbericht

Die Veranstaltung „Which Climate Rights Does Our Law Offer? Approaches to Improve Climate Policy and Rights in Central Eastern Europe through Strategic Litigation“ fand am 13. Juni online statt. Expertinnen auf dem Gebiet der Klimaklagen stellten rezente Fälle aus der Praxis vor und standen im Anschluss zur Diskussion zur Verfügung. Das Event fand in Kooperation mit dem Europäischen Netzwerk Justice and Environment statt und wurde durch Mittel der Europäischen Union finanziert. Die Veranstaltung ist Teil des Projekts DACE – Discussions and Actions on Climate and Environment, welches die Erhöhung des Bewusstseins für Klimarechte in der Bevölkerung zum Ziel hat.

EINLEITUNG

Mag. Thomas Alge, Geschäftsführer von ÖKOBÜRO, eröffnete die Veranstaltung. In einem persönlichen Rückblick auf die Jahre seit 1990 sprach er über rechtliche Entwicklungen zur Eindämmung der Klimakrise. Obwohl die Auswirkungen der Klimakrise bereits heute spürbar sind und in Zukunft katastrophal sein könnten, schöpfte er Hoffnung aus rechtlichen Instrumenten wie der Aarhus Konvention und Klimaklagen.

„For all those reasons, I am happy and motivated that OEKOBUEERO and Justice and Environment can offer an update on recent developments on climate rights in today's event and discuss options and conclusions for future steps in order to enhance our fight to save our climate, to safe this worlds biodiversity and the future of our children, health and wellbeing.“

EINFÜHRUNG IN DAS THEMA KLIMARECHTE

Veronika Marhold, LL.M. (WU), Umweltjuristin bei ÖKOBÜRO, schloss mit einer Einführung in das Thema Klimarechte an. Klimarechte definierten die am Projekt teilnehmenden Organisationen als jene rechtlichen Mechanismen, mit denen Individuen vom Staat bestimmte Klimaschutz oder -anpassungsmaßnahmen einfordern können. Diese Definition war bewusst weit gewählt und geht über klassische Grund- und Menschenrechte hinaus. Im Vorfeld der Veranstaltung wurde von ÖKOBÜRO eine repräsentative Umfrage unter 500 in Österreich ansässigen Personen zum Thema Klimarechte durchgeführt. Im Rahmen dieser Umfrage wurde unter anderem erhoben, ob sich Personen sich und ihre Rechte durch die Klimakrise bedroht sahen und sie bereit wären, diese Rechte bei den Behörden bzw Gerichte durchzusetzen. Obwohl eine XY Bereitschaft in der Bevölkerung bestand, dies zu tun, war nur 4% der befragten Personen bekannt, an welche Stellen sie sich dafür wenden können. Beachtenswert war ebenso, dass besonders junge Personen im Alter von XY sich durch die Klimakrise bedroht sahen und zur Durchsetzung entsprechender Rechte bereit waren. Ähnlich verhielt es sich mit Personen, die zumindest über einen Gymnasialabschluss verfügen.¹ Im Anschluss daran wurden die wichtigsten Normenkategorien, die als „Klimarechte“ geltend gemacht werden, vorgestellt. Darunter zB Grund- und Menschenrechte, soziale Rechte im Rahmen *Just Transition*, Rechte auf nationale Umsetzung und Durchsetzung internationaler Klimaziele, Ansprüche, die sich aus zivilrechtlichen Klagen gegen Unternehmen ergeben, Rechte auf Klimawandelanpassung sowie Verfahrensrechte der Zivilgesellschaft.

ÖSTERREICHISCHE KLIMAKLAGEN

Mag.^a Michaela Krömer ist Anwältin und Gründerin der NGO CLAW – Initiative für Klimarecht sowie Trägerin des Menschenrechtspreises der Österreichischen Liga für Menschenrechte. In ihrem Vortrag stellte sie zunächst die erste österreichische „Klimaklage“ vor, die 2020 in Form eines Individualantrags an den VfGH gerichtet wurde. Sie richtete sich gegen die steuerliche Bevorteilung von Kerosin und grenzüberschreitenden Flugreisen gegenüber Zugreisen. Diese führe dazu, dass

¹ Für eine detaillierte Auflistung der Umfrageergebnisse siehe Survey Report von ÖKOBÜRO.

Verbraucher*innen, die mit klimafreundlich mit dem Zug reisen, finanziell benachteiligt würden, da sie die von Bahnunternehmen übergewälzte Steuerlast zu tragen hätten. Zudem habe es der Gesetzgeber angesichts der steuerlichen Bevorzugung von klimaschädlichen Transportmitteln verabsäumt, seinen Schutzpflichten nach Art 2 EMRK (Recht auf Leben) und Art 8 EMRK (Recht auf Privat- und Familienleben) Rechnung zu tragen. Der VfGH wies den Antrag jedoch zurück – die Antragsteller:innen seien von den angefochtenen Regelungen nicht unmittelbar betroffen, und ein Formalkriterium des Antrags war demnach nicht erfüllt. Infolge der Zurückweisung durch den VfGH wandten sich Mag.^a Krömer und einer der fünf Antragsteller*innen an den EGMR. Auf Basis von Art 8 (Recht auf Privat- und Familienleben) sowie Art 13 EMRK (Recht auf eine wirksame Beschwerde) brachten sie vor, dass in Österreich kein effektives Rechtsmittel zur Verfügung stehe, Untätigkeit beim Klimaschutz anzufechten. Eine Entscheidung des EGMR steht noch aus. Zuletzt berichtete Mag.^a Krömer von der zweiten „Klimaklage“, einem zweiten Individualantrag an den VfGH. Zwölf Kinder und Jugendliche brachten vor, dass ihre Rechte nach dem BVG über die Rechte von Kindern durch das aktuelle Klimaschutzgesetz nicht gewahrt würden. Insbesondere dem Grundsatz der Generationengerechtigkeit würde nicht Rechnung getragen, da das Klimaschutzgesetz seit 2021 keine Emissionsgrenzwerte mehr enthalte.

TSCHECHISCHE KLIMAKLAGE

Mag.^a Laura Otýpková, Ph.D. ist Leiterin des Responsible Energy Teams bei Frank Bold und stellte eine tschechische Klimaklage vor, an deren Erstellung sie selbst beteiligt war. Mit dem Antrag verlangte eine Vielzahl von Antragsteller:innen vom tschechischen Staat die Einhaltung von bestimmten Emissionsbudgets und verhältnismäßige Maßnahmen zum Schutz vor den Auswirkungen der Klimakrise. Der Anspruch auf Einhaltung des Emissionsbudgets basierte auf Grund- und Menschenrechten und dem Pariser Klimaübereinkommen einerseits und dem Pariser Klimaübereinkommen andererseits, der Anspruch auf Anpassungsmaßnahmen stützte sich zusätzlich auf den Klima- und energiepolitischen Rahmen der EU bis 2030. In erster Instanz wurde den Antragsteller:innen teilweise Recht gegeben. Das Gericht anerkannte eine menschenrechtliche, unionsrechtliche bzw. völkerrechtliche Verpflichtung der Ministerien, Emissionen zu begrenzen und sah jene Verpflichtung als nicht erfüllt an, Emissionen bis 2030 um 55% im Vergleich zum Referenzjahr 1990 zu reduzieren. Auch in Hinblick auf Anpassungsmaßnahmen an die Auswirkungen der Klimakrise bejahte das Gericht eine Verpflichtung der Ministerien, diese zu treffen. Allerdings sei eine solche Verpflichtung bisher noch nicht verletzt worden. Schließlich verpflichtete das Gericht die Ministerien dazu, Schritte einzuleiten, um Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55% zu reduzieren. Die Entscheidung wurde jedoch teilweise vom Verwaltungsgerichtshof Tschechiens aufgehoben und zur neuerlichen Beurteilung an die erste Instanz zurückverwiesen. Auf einen Termin für eine Neuverhandlung wird derzeit gewartet.

ESTNISCHE KLIMAKLAGE

Kertu Birgit Anton ist Aktivistin bei Fridays For Future Estland und juristische Mitarbeiterin des Estonian Environmental Law Center. Mit FFF Estland steht sie hinter der Klimaklage gegen den Genehmigungsbescheid einer estnischen Gemeinde, die den Bau einer Schieferölförderungsanlage bewilligt hatte. Nachdem die Beschwerde in den ersten beiden Instanzen abgewiesen wurde, ist sie nun beim Estnischen Höchstgericht anhängig. Von insgesamt vier Anträgen auf einstweiligen Rechtsschutz wurde nur einem im Mai 2021 stattgegeben. Der Bau der Anlage wurde während des Verfahrens fortgeführt und fast fertiggestellt. Die Beschwerdeführer:innen argumentierten, dass der Bau neuer Ölanlagen in Konflikt mit bestehenden Verpflichtungen zur Reduktion von Emissionen stehe, zB mit dem Pariser Klimaübereinkommen, den SDGs und unionsrechtlichen Verpflichtungen. Zwar stimme das Projekt mit überholten nationalen Strategien überein; das ändere aber nichts an bestehenden internationalen Verpflichtungen. Zudem hätten die Behörden im Rahmen des Genehmigungsverfahrens auch die Auswirkungen des Betriebs der Anlage auf die Umwelt zu bewerten. (Dem pflichteten die Gerichte bisher nicht bei.) Zudem wären Emissionen des Betriebs sowie Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die menschliche Gesundheit sowie ein naheliegendes Natura-2000-Schutzgebiet nicht ausreichend betrachtet worden.

DISKUSSION

Die anschließende Podiumsdiskussion fand unter reger Beteiligung des Publikums statt. Behandelt wurden unter anderem der Klimabeschluss des deutschen Bundesverfassungsgerichts, der Ausruf des „Klimanotstands“, sowie Maßnahmen zur Klimawandelanpassung.

Diskutiert wurde ebenfalls, welche Probleme sich im Zusammenhang mit Klimaklagen häufig stellen. Die Expert:innen identifizierten die Beschwerdeberechtigung als zentrales Problem von Klimaklagen. Da die Beschwerdeberechtigung von Individuen häufig erfordert, dass die Beschwerdeführende von der angefochtenen Norm persönlich betroffen sind. Da sich Klimaschutzgesetze selten an Private, sondern an den Staat und seine Organe richten, ist die unmittelbare Betroffenheit Einzelner schwer zu argumentieren. Mag.^a Michaela Krömer führte jedoch aus, dass die Antragsberechtigung Einzelner zu großen Teilen durch die Judikatur des Verfassungsgerichtshof geformt werde, die auch wieder geändert werden könne. Gerade die Änderung der ständigen Rechtsprechung der Höchstgerichte sei das Ziel von Klimaklagen.

Ähnlich wurde von den Expert:innen auch die Frage beantwortet, welche Auswirkungen Klimaklagen über den einzelnen Fall hinaus gehend haben könnten. Kertu Birgit Anton argumentierte, dass es für die gesamte Estnische Ölindustrie problematisch sein könnte, wenn die Estnischen Klimaklage stattgegeben würde: in diesem Fall könnte ein „tipping point“ erreicht werden, mit der die Produktion von Schieferöl in Estland generell unrentabel werden könnte. Zudem fungiere der Prozess auch als „Warnsignal“ für ähnliche Vorhaben. Mag.^a Michaela Krömer betonte zudem, dass selbst einzelne Verfahren in Summe große Veränderungen herbeiführen könnten. Auch die soziale Wirkung von Klimaklagen dürfe nicht unterschätzt werden. So könnten derartige Verfahren auch der betroffenen Gesellschaft Mut machen. Mag.^a Laura Otýpková, Ph.D. betonte, dass jegliche Form von Initiative gut und notwendig sei, um das Fortschreiten der Klimakrise zu einzudämmen. Neben Aktivismus und der Arbeit von Umweltorganisationen seien auch menschenrechtliche Klimaklagen ein wichtiges Instrument im Kampf gegen die Klimakrise.



Funded by the
European Union

ENGLISH VERSION

The event "Which Climate Rights Does Our Law Offer? Approaches to Improve Climate Policy and Rights in Central Eastern Europe through Strategic Litigation" took place online on 13 June. Experts in the field of climate litigation presented recent cases from practice and were available for discussion afterwards. The event took place in cooperation with the European Network Justice and Environment and was funded by the European Union. The event is part of the DACE - Discussions and Actions on Climate and Environment project, which aims to raise awareness of climate rights among the general public.

INTRODUCTION

Thomas Alge, Managing Director of ÖKOBÜRO, opened the event. In a personal review of the years since 1990, he spoke about legal developments to mitigate the climate crisis. Although the effects of the climate crisis are already being felt today and could be catastrophic in the future, he drew hope from legal instruments such as the Aarhus Convention and climate lawsuits.

"For all those reasons, I am happy and motivated that OEKOBÜRO and Justice and Environment can offer an update on recent developments on climate rights in today's event and discuss options and conclusions for future steps in order to enhance our fight to save our climate, to save this world's biodiversity and the future of our children, health and wellbeing."

INTRODUCTION TO THE TOPIC OF CLIMATE RIGHTS

Veronika Marhold, environmental lawyer at ÖKOBÜRO, followed with an introduction to the topic of climate rights. Climate rights were defined by the organisations participating in the project as those legal mechanisms that can be used to protect the climate. Individuals can demand certain climate

protection or adaptation measures from the state. This definition was deliberately chosen broadly and goes beyond classic fundamental and human rights. Prior to the event, ÖKOBÜRO conducted a representative survey among 500 Austrian residents on the topic of climate rights. This survey asked, among other things, whether people felt that their rights were threatened by the climate crisis and whether they would be prepared to enforce these rights with the authorities or the courts. Although there was XY willingness among the population to do so, only 4% of the respondents knew which authorities they could turn to. It was also noteworthy that especially young people aged XY saw themselves threatened by the climate crisis and were prepared to assert the corresponding rights. The situation was similar with people who have at least a high school diploma. Subsequently, the most important categories of norms that are asserted as "climate rights" were presented. These include, for example, fundamental and human rights, social rights in the context of just transition, rights to national implementation and enforcement of international climate targets, claims arising from civil lawsuits against companies, rights to climate change adaptation, and procedural rights of civil society.

AUSTRIAN CLIMATE LAWSUITS

Michaela Krömer is a lawyer and founder of the NGO CLAW - Initiative for Climate Law and winner of the Human Rights Award of the Austrian League for Human Rights. In her lecture, she first presented the first Austrian "climate lawsuit", which was submitted to the Constitutional Court in 2020 in the form of an individual application. It was directed against the preferential tax treatment of paraffin and cross-border air travel compared to train travel. This led to consumers who travelled by train in a climate-friendly manner being financially disadvantaged, as they had to bear the tax burden passed on by railway companies. Moreover, in view of the preferential tax treatment of climate-damaging means of transport, the legislator had failed to take into account its obligations to protect under Art 2 ECHR (right to life) and Art 8 ECHR (right to private and family life). However, the Constitutional Court rejected the application - the applicants were not directly affected by the contested regulations and a formal criterion of the application was therefore not fulfilled. Following the rejection by the Constitutional Court, Mag.a Krömer and one of the five applicants turned to the ECtHR. On the basis of Art 8 (right to private and family life) and Art 13 ECHR (right to an effective remedy), they argued that there was no effective remedy in Austria to challenge inactivity in climate protection. A decision of the ECtHR is still pending. Finally, Krömer reported on the second "climate complaint", a second individual application to the Constitutional Court. Twelve children and adolescents argued that their rights under the Federal Constitutional Law on the Rights of Children were not protected by the current Climate Protection Act. In particular, the principle of intergenerational justice was not taken into account, as the Climate Protection Act no longer contained emission limits since 2021.

CZECH CLIMATE LAWSUIT

Laura Otýpková is head of the Responsible Energy Team at Frank Bold and presented a Czech climate lawsuit, which she herself had been involved in drafting. With the complaint, a large number of claimants demanded that the Czech state comply with certain emission budgets and take proportionate measures to protect against the effects of the climate crisis. The claim for compliance with the emissions budget was based on fundamental and human rights and the Paris Climate Agreement on the one hand, and the claim for adaptation measures was additionally based on the EU's climate and energy policy framework until 2030. At first instance, the applicants were partially upheld.

The court recognised that the ministries had an obligation under human rights, EU law and international law to limit emissions and considered that this obligation to reduce emissions by 55% by 2030 compared to the reference year 1990 had not been fulfilled. The court also affirmed the ministries' obligation to take measures to adapt to the effects of the climate crisis. However, such an obligation had not yet been violated. Finally, the court obliged the ministries to take steps to reduce greenhouse gas emissions by 55% by 2030. However, the decision was partially overturned by the Czech Administrative Court and referred back to the first instance for a reassessment. A date for a rehearing is currently awaited.

ESTONIAN CLIMATE LAWSUIT

Kertu Birgit Anton is an activist with Fridays For Future (FFF) Estonia and a legal officer with the Estonian Environmental Law Center. With FFF Estonia, she is behind the climate complaint against an Estonian municipality's permit decision to build a shale oil extraction plant. After the appeal was rejected in the first two instances, it is now pending before the Estonian Supreme Court. Of a total of four applications for interim relief, only one was granted in May 2021. The construction of the plant continued during the proceedings and was almost completed. The complainants argued that the project is not in line with existing commitments to reduce emissions, e.g. the Paris Climate Agreement, the SDGs and commitments under EU law. Although the project is in line with outdated national strategies, this does not change existing international obligations. Moreover, the authorities would also have to assess the environmental impact of the plant's operation as part of the licensing procedure. In addition, emissions from the plant as well as impacts on the labour market, human health and a nearby Natura 2000 protected area had not been sufficiently considered.

DISCUSSION

The subsequent panel discussion took place with active participation of the audience. Among the topics discussed were the climate decision of the German Federal Constitutional Court, the declaration of a "climate emergency", and measures for climate change adaptation. The problems that frequently arise in connection with climate complaints were also discussed. The experts identified the right to appeal as a central problem of climate claims. As the right of individuals to complain often requires that the complainants are personally affected by the challenged norm. Since climate protection laws are rarely addressed to private individuals, but to the state and its organs, it is difficult to argue that individuals are directly affected. However, Michaela Krömer explained that the right of individuals to file an application is largely shaped by the jurisprudence of the Constitutional Court, which can also be changed again. It is precisely the change in the established jurisprudence of the highest courts that is the goal of climate claims.



Funded by the European Union

HISTORY OF CHANGES		
VERSION	PUBLICATION DATE	CHANGE
1.0	01.04.2022	Initial version (new MFF).